presse

Bundesregierung ignoriert problematische Entwicklung bei der Kindergesundheit

Zur abschließenden Lesung des SPD-Antrag "Kinder- und Jugendgesundheit: Ungleichheiten beseitigen – Versorgungslücken schließen" erklärt die zuständige Berichterstatterin der SPD-Bundestagsfraktion Bärbel Bas:

Die Gesundheit von Kindern aus wirtschaftlich benachteiligten und einkommensschwachen Familien hat bei Schwarz-Gelb keine Lobby. Das FDP-Gesundheitsministerium ist die komplette Legislaturperiode ohne eine einzige nennenswerte eigene Initiative zur den Problemlagen der Kindergesundheit ausgekommen.

Es ist beschämend: Ob ein Kind in Deutschland gesund aufwächst, ist zunehmend vom Geldbeutel und Status seiner Eltern abhängig. Haben die Eltern ein niedriges Bildungsniveau, einen Migrationshintergrund oder sind alleinerziehend, dann leiden ihre Kinder häufiger unter chronischen Krankheiten. Sie haben öfter Entwicklungsstörungen und gehen seltener zu Vorsorgeuntersuchungen. Diese und andere Probleme sind der Regierung seit dem 13. Kinder- und Jugendbericht von 2009 amtlich bekannt. Nur Folgen für die Politik von CDU/CSU und FDP hat es bisher keine.

Trotz hervorragender pädiatrischer Versorgungsstrukturen in Deutschland haben 15 – 20 Prozent der Kinder und Jugendlichen einen schlechteren Gesundheitszustand oder zumindest größere Risiken krank zu werden. Die ärztliche Vorsorge stößt an ihre Grenzen, mehr Prävention in den Lebenslagen der Eltern und Kinder ist dringend geboten. Die SPD-Bundestagsfraktion hat die Herausforderungen und Antworten einer modernen Kindergesundheitspolitik in einen Antrag geschrieben. Wir fordern die Bundesregierung auf, Kindergesundheit endlich als nationale Aufgabe zu begreifen und ein umfassendes Versorgungskonzept vorzulegen.

Dazu wollen wir Kinderärzte als Erstversorger stärken und sie besser in die Hausarztzentrierten Versorgung einbinden. Die strukturierten Behandlungsprogramme (DMP) müssen an das veränderte Krankheitsspektrum angepasst und ausgeweitet werden. Die bestehenden Regelungen zur Hospiz-

und Palliativversorgung von Kindern und Jugendlichen müssen konsequenter umgesetzt werden. Und wir halten verpflichtende pädiatrische Fortbildungen in der Versorgung für sehr sinnvoll.

Der von der Bundesregierung gestrichene Haushaltstitel "Förderung der Kindergesundheit" muss wieder aufgesetzt werden, um bundesweit Versorgungs-Impulse setzen zu können. Auch für die Kindergesundheit müssen nationale Gesundheitsziele formuliert werden. Im Rahmen einer nationalen Präventionsstrategie wollen wir sämtliche Akteure zusammen bringen, um eine Gesundheitsförderung über die gesamte Lebensspanne vom Kindes- und Jugendalter an zu erreichen. Dazu muss Prävention in allen Kinder betreffenden Settings wie Schule, Kita, Verein und Familie niedrigschwellig ausgeweitet werden. Für psychisch kranke Kinder braucht es eine ausreichende Versorgung mit psychotherapeutischen Angeboten und entsprechenden Kriseninterventionsmöglichkeiten.